

Welch ein Galimathias!

Die Auseinandersetzungen in den regionalen und lokalen Organisationen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Pavel Kolář (Potsdam)

1956 in der Tschechoslowakei

Das Jahr 1956 wird in der Zeitgeschichtsforschung allgemein als eine Periode der tiefsten Erschütterungen der staatssozialistischen Systeme Ostmitteleuropas angesehen (vgl. Lemberg 1993; Hahn 1996).¹ In Polen und Ungarn brachen umwälzende Krisen aus, welche die dortige Parteiherrschaft in ihrer Existenz fundamental bedrohten. Hinter diesen Vorgängen stand jeweils ein Bündel von Krisenphänomenen, die auf verschiedene Weise Wirtschaft, Gesellschaft und Politik betrafen und populäre Massenbewegungen hervorriefen. Während jedoch in der historiografischen Verarbeitung dieser Ereignisse vor allem politische und wirtschaftliche Faktoren im Vordergrund standen, wurden alltags- und erfahrungsgeschichtliche Aspekte nur selten untersucht. Im Großen und Ganzen wurden die Krisen in Polen und Ungarn vor allem als Folgen zentralpolitischer Fehlgriffe und sozialpolitischer Defizite der Diktaturen gedeutet.

In der Tschechoslowakei verlief das für diese zwei Nachbarländer so turbulente Jahr 1956 bekanntlich ohne analoge Umwälzungen. In der tschechischen Zeitgeschichtsforschung wird hierfür gewöhnlich als Erklärung angeführt, dass die verhältnismäßig günstige soziale und wirtschaftliche Lage sowie die durch die Säuberungen der Jahre 1949–1951 gesicherte Homogenität der Parteibasis (Maňák 2003) für den relativ ruhigen Verlauf der Krisenperiode gesorgt haben (z.B. Pfaff 1988; Kaplan 1996). Der tschechische Historiker Karel Kaplan, der sich mit der Frage der „Krise des kommunistischen Regimes“ in der Tschechoslowakei am intensivsten befasste, führt die Stabilität der tschechoslowakischen Gesellschaft auf die „Lösung des sozialen Grundproblems – die Gesellschaft ernähren und kleiden“ zurück (Kaplan 1993).² Allerdings bleiben solche Feststellungen allzu allgemein und basieren nicht auf einer hinreichenden empirischen Beweisführung. Was hier vor allem fehlt, ist eine Annäherung an das Problem der gesamtgesellschaftlichen Krise aus der Perspektive „von unten“ (Mathews 1998).³ Mit anderen Worten: eine alltags- und erfahrungsgeschichtliche Verfeinerung makrohistorischer Großprozesse scheint notwendig zu sein. Allzu bequem hat sich in der Forschung die Vorstellung von der „stillgelegten Gesellschaft“ in der Tschechoslowakei durchgesetzt, laut welcher das Soziale vom Politischen (sprich vom „Machtapparat“) verdrängt worden sei.⁴

Es war die französische Historikerin Muriel Blaive (Blaive 2001)⁵, die im Unterschied zu den meisten früheren Arbeiten einen dezidiert gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz gewählt hat, um das „Nicht-Geschehen“ in der Tschechoslowakei im Jahr 1956 zu erklären. Sie bestreitet die sozial- und wirtschaftshisto-

risch fundierte Stabilitätsthese zwar nicht, fügt jedoch auch „weiche Faktoren“ hinzu wie etwa die Reichweite und Auswirkung der Propaganda, das Fortbestehen des Nationaldiskurses oder das Gespenst des deutschen Revanchismus. Damit handelt es sich um Erscheinungen, die zum einen sowohl die Parteilite als auch den „einfachen Menschen“ betrafen, und die zum anderen ohne Anwendung erfahrungs- und erinnerungshistorischer Zugangsweisen nicht zu untersuchen sind. Blaives Versuch einer „Geschichte des Jahres 1956 von unten“ bleibt allerdings in den Ansätzen stecken, nicht zuletzt deswegen, weil sich die Autorin ausschließlich auf Quellen zentraler Provenienz stützt, um die „Stimmung“ der Bevölkerung zu erfassen.⁶ Zu den Fragen, die in ihrer Untersuchung zwar berührt werden, nicht aber vertiefend untersucht werden konnten, gehören unter anderem die internen Auseinandersetzungen in der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) rund um die Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU und die Kritik am Personenkult. Damit ist hier nicht die inzwischen gut bekannte Reaktion der Parteiführung gemeint, sondern vielmehr die Entwicklungen auf der mittleren und unteren Parteiebene (den Bezirken, *kraje*, und Kreisen, *okresy*), die als die notorische „Schnittstelle“ zwischen Lebenswelt und Parteiherrschaft für die Stabilität und Legitimitätssicherung des staatssozialistischen Systems von zentraler Bedeutung war. Denn die Parteiarbeiter auf der mittleren und unteren Ebene standen vor der schwierigen und oft kaum zu lösenden Doppelaufgabe, einerseits den zentralen Herrschaftsanspruch der Partei im regionalen und lokalen Raum umzusetzen, andererseits die vor Ort artikulierten spezifischen Interessen und Bedürfnisse zufrieden zu stellen.⁷ Es liegt daher auf der Hand, dass sich ohne eine Einbeziehung dieser Herrschaftsebene die Binnenstabilität der KPTsch im Jahr 1956 kaum erklären lässt. Gerade die Parteifunktionäre auf der mittleren Ebene sahen sich in den Wochen nach dem XX. Parteitag der KPdSU mit einer doppelten Schwierigkeit konfrontiert, indem sie einerseits die (ihnen selbst noch unklaren) Ergebnisse des XX. Parteitages der Basis zu vermitteln hatten, aber andererseits die Ersten waren, an die sich eine direkte Kritik von unten richtete. Die Grundausrichtung der Basisdiskussionen konnte zwar anhand der von den Zentralorganen der Partei stammenden Quellen *grasso modo* erschlossen werden (Kaplan 1996: 34–37), eine bislang noch nicht vorgenommene „dichte Beschreibung“ der lokalen Entwicklungen kann jedoch die subtileren Zusammenhänge erkennen lassen: Was genau und vor allem wie etwas in den Sitzungen gesagt wurde, kann man nur anhand von Untersuchungen kleinräumiger Verhältnisse erfahren. Eine solche Fokussierung allein kann helfen, die reduktionistische Trennung zwischen

„Regime“ und „Gesellschaft“ zu überwinden und stattdessen ein viel differenzierteres Bild der „Krise“ zu gewinnen.

Hier sollen anhand von drei Bezirken in der Tschechoslowakei die Vielfalt und Eigendynamik der Auseinandersetzungen um den XX. KPdSU-Parteitag unter den regionalen und lokalen KPTsch-Funktionären und Mitarbeitern des Apparats aufgezeigt werden; damit leistet der Artikel einen Beitrag zur Frage der parteilichen Binnenöffentlichkeit und Legitimitätssicherung während des Jahres 1956. Lassen sich in den Parteiorganisationen unmittelbar nach dem XX. Parteitag quasi-autonome Prozesse auffinden, die dem allumfassenden politischen Steuerungsanspruch des Zentrums entgingen? Inwieweit bildete sich gar eine kritische „Binnenöffentlichkeit“ heraus, die gegen die bisher gültige Diskursordnung verstieß? Wie entwickelten sich Form und Inhalt der Diskussionen? Kann die Artikulation von Kritik und Unzufriedenheit auf tradierte mentale Strukturen zurückgeführt werden? Wie wurde die Umdeutung der stalinistischen Meistererzählung wahrgenommen, inwieweit wurden neue historische Identifikationsangebote formuliert? Dabei geht es nicht in erster Linie darum, explizite politische Forderungen zu suchen (obwohl sie selbstverständlich auch beachtet werden) – wie z.B. welche Regionen eher „reformistischer“ und welche eher „konservativer“ eingestellt waren. Vielmehr kommt es mir darauf an, die Umgestaltung der parteiinternen Diskursordnung und die Öffnung eines Diskussionsrahmens aufzuzeigen.

Für die Untersuchung ausgewählt wurden die Bezirke Ústí nad Labem (Aussig) sowie Liberec (Reichenberg) in Nordböhmen und der Bezirk Ostrava (Ostrau) in Nordmähren-Schlesien. Als hoch industrialisierte Gebiete spielten sie eine Schlüsselrolle für die wirtschaftspolitischen Ziele der KPTsch nach 1948. Die ihnen vom Prager Machtzentrum gewidmete Aufmerksamkeit stieg infolge der Arbeiterunruhen im Jahr 1953 weiter an, von denen alle Industriebezirke in den böhmischen Ländern betroffen wurden (Heumos 2005). Während jedoch der Ostrauer Bezirk als eine traditionsreiche Arbeiterregion galt, aus dem sich parteitreue (vornehmlich stalinistische) Kader rekrutierten (vgl. Bakala 1993; Jirásek 1993, 1997), waren die beiden nordböhmischen Bezirke, deren soziale und ethnische Struktur infolge der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg einen fundamentalen Wandel erfahren hatte (Von Arburg 2003), eher Einsatzgebiete beziehungsweise Gebiete mit einer hohen Kaderfluktuation. Die in allen drei Bezirken und ihren Kreisen günstige Quellenüberlieferung – die vollständig erhaltenen Protokolle der Plenarsitzungen und Konferenzen der jeweiligen KPTsch-Organen sowie das reichhaltige Aktenmaterial der Büros der Bezirks- und Kreisausschüsse⁸ – ermöglicht einen aufschlussreichen Einblick in die parteiinternen Diskussionen und Kontroversen, die aus den öffentlichen Darstellungen durchaus getilgt wurden.⁹

Die Geschichte des Umgangs der KPTsch mit dem XX. KPdSU-Parteitag und der Kritik des Personenkults lässt sich, zumindest aus der Perspektive „von oben“, zum folgenden Narrativ verdichten: Die

ursprüngliche Anfangsstrategie der Parteiführung, den Kern der Kritik (vor allem bezüglich des Personenkults) zu verschweigen beziehungsweise zu verschleiern und stattdessen die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund zu stellen, schlug fehl, als entgegen allen Erwartungen auf den Anfang März 1956 veranstalteten Parteiversammlungen scharfe Kritik am Vorgehen der Parteispitze geübt wurde. Deshalb brach die Parteiführung ihr Schweigen über die heikelsten Fragen Ende März in einem Grundsatzreferat des Generalsekretärs Novotný, das anschließend in den Bezirken und Kreisen diskutiert wurde. In dieser zweiten Diskussionsrunde in den Parteiaktivs entstand eine weitere Welle von Unzufriedenheit und Vertrauensverlust, diesmal einschließlich der Forderungen nach Einberufung eines außerordentlichen Parteitages und gezielter Kritik an einzelnen Politbüromitgliedern. Das Politbüro reagierte im Mai 1956 mit Beendigung der Parteidiskussion sowie mit harten Maßnahmen gegenüber den Kritikern, vor allem den Befürwortern des außerordentlichen Parteitages. Zugleich versuchte man erneut, den Schwerpunkt der Diskussionen von politischen auf wirtschaftliche Fragen zu verlagern, indem die „Richtlinien zum zweiten Fünfjahresplan“ veröffentlicht wurden; eine Strategie, die sich im Grunde als erfolgreich erwies. Das endgültige Machtwort fiel auf der „gesamtstaatlichen Konferenz“ im Juni 1956: Der scharfe Kurs gegen die „Querulanten“ und „Parteifeinde“ wurde bestätigt und die wirtschaftspolitische Agenda wiederholt akzentuiert; das Motiv „Personenkult“ wurde in den Hintergrund gedrängt.

Lokale Reaktionen

Wie ändert sich aber dieses Großgemälde, wenn man die Vogelperspektive verlässt und dem Prozess der begrenzten „Wiedergeburt des Politischen“ (Winfried Thaa) in mittel- und kleinräumigen Verhältnissen nachgeht? Wenn man den Horizont lokaler Akteure, die in den politikgeschichtlichen Narrativen eher als Objekte des Großgeschehens auftreten, einbezieht, ohne sich dabei der romantischen Illusion einer autonomen, herrschaftsfreien Lebenswelt hinzugeben? Allgemein ist festzuhalten, dass die Debatten auf der Bezirks- und Kreisebene nach dem XX. Parteitag – wie es auch vorher üblich gewesen war – die thematische und begriffliche Struktur der Schlüsseltexte und Richtlinien des Zentralkomitees nachzeichneten; dennoch erhielt die kritische Grundausrichtung der rezipierten „Meistererzählungen“ durch die Versetzung in unterschiedliche örtliche Zusammenhänge eine besondere Eigendynamik, die imstande war, durch Anpassung, Umdeutung und Subversion die bisher geltende Diskursordnung zu sprengen. Allein die Tatsache, dass in den Parteiausschüssen zum ersten Mal ein offener, teils sehr kritischer Meinungsaustausch stattfand, wurde von den Parteifunktionären offenbar mit Erstaunen wahrgenommen, denn in den Bewertungen der Sitzungen wurden gerade die „Ungewöhnlichkeit“ und „Präzedenzlosigkeit“ betont. Die Diskussionen wurden etwa als „ungewöhnlich offen“, „kritisch und neugierig“ „fruchtbar und reichhaltig“ oder „stürmisch wie in der

Ersten Republik“ usw. bezeichnet. Ohne die langfristige Bedeutung der Ereignisse voraussehen zu können, charakterisierte man die Parteidiskussionen im Anschluss an den XX. Parteitag als eine „absolute Veränderung im Leben unserer Grundparteiorganisationen“ oder „weitreichende Veränderungen im Parteileben“.¹⁰ Dass die Situation im Frühling 1956 offensichtlich einen Durchbruch in der Diskussionskultur der regionalen Parteiversammlungen bedeutete, belegt sowohl die ungewöhnlich hohe Zahl der Diskussionsteilnehmer (die Protokollbände werden im Vergleich zu den vorherigen Jahren erheblich umfangreicher!) als auch vor allem die Tatsache, dass die meisten Ausschussmitglieder erst nach dem XX. Parteitag zum ersten Mal im Plenum einen Diskussionsbeitrag lieferten; die außerordentliche Situation nach dem XX. Parteitag gab offensichtlich einen Anlass zur Überwindung der Hemmungen.

Allerdings wäre es unzutreffend, die vorherige Nichtbeteiligung an der Diskussion lediglich als Folge der „Angst“ vor Sanktionen zu deuten. Bei einem genaueren Blick auf die Akten der Plenarsitzungen lassen sich diverse Rednerhierarchien erkennen, die nicht unbedingt die Trennlinie zwischen den Büromitgliedern und den Hinterbänklern nachzeichneten. So weigerten sich einige Ausschussmitglieder zu sprechen, weil sie etwa von ihrer eigenen „ungenügenden theoretischen Bildung“ überzeugt waren oder – wie eine Aussiger Parteifunktionärin erklärte –, weil

„früher nur die Sekretäre oder Funktionäre, die eine Schulung durchgemacht hatten, diskutierten. Deshalb haben wir nicht diskutiert, weil wir glaubten, wenn wir etwas falsch gesagt hätten, hätten die Genossen über uns gelacht, und dann haben wir Lampenfieber bekommen.“¹¹

Oft wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Plenarsitzungen erst nach dem XX. Parteitag zu „wirklichen Diskussionen“ geworden seien, während es vorher nach den Referaten üblicherweise keine Fragen an die leitenden Funktionäre gegeben habe. Dies ermöglichte die offene Artikulation eines arglosen Wahrheitsglaubens, der die Diskussionen ungeachtet der Themen prägte. Die Aussiger Parteifunktionärin, die ihren Diskussionsbeitrag hauptsächlich den Schwierigkeiten bei der Verteilung von Süßspeisen im Bezirk widmete, schloss ihre Rede mit einem Plädoyer für aufrichtiges Reden ab:

„Den Menschen soll man die Wahrheit sagen. Heute habe ich zum ersten Mal diskutiert. Ich weiß nicht, ob es richtig war, aber ich sagte es so, wie ich es nur konnte, und glaubt mir, ich habe von ganzem Herzen gesprochen.“¹²

Es schien den Parteifunktionären unvorstellbar, dass eine so offene Diskussion ein Jahr früher möglich gewesen wäre,¹³ und dies betraf nicht nur die wichtigsten politischen Fragen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme von der Kollektivierung der Landwirtschaft hin bis zur Versorgung mit Lebensmit-

tern, die auf den Parteiversammlungen seit Mai 1956 immer wichtiger wurden. Im Folgenden werden einige Momente und Motive herausgegriffen, die in den Parteidiskussionen eine bedeutende Rolle spielten und die eine mögliche Modifizierung der bislang herrschenden Diskursordnung herbeiführen konnten.

A) Emotionalisierung

Zunächst ist als eine Abweichung von den bislang geltenden Diskussionsgewohnheiten der Parteiversammlungen die starke Emotionalisierung der Reaktionen auf die – durch das Referat Novotnýs vermittelte – Kritik an Stalins Personenkult zu betrachten. Diese Emotionalisierung kam sowohl in den Diskussionsbeiträgen der Sitzungsteilnehmer als auch indirekt in ihren Berichten über den Verlauf der Diskussionen in den Basisorganisationen vor, welche die Bestürzung der Basismitglieder nach der Bekanntgabe der Kritik an Stalin dokumentierten. Die ersten Reaktionen auf die KPdSU-Parteitagbeschlüsse wurden in den Berichten als „Schock“ beschrieben, der es unmöglich machte, über die unheimlichen Tatsachen überhaupt zu sprechen. Ein Parteifunktionär aus Liberec berichtete, der vorgelesene Bericht habe auf die Parteimitglieder „depressiv gewirkt, es war schwierig zu diskutieren“.¹⁴ Laut den Berichten war die Reaktion der Basismitglieder sowohl „Leiden“ („Nicht wenige Parteimitglieder haben mit unverhohlenem Leiden die Art und Weise wahrgenommen, wie der XX. Parteitag die Frage des Genossen Stalin und der ganzen Partei behandelte“¹⁵) als auch – weniger häufig – Widerwille („Als Genosse Kolář uns den Bericht des Zentralkomitees über die Beschlüsse des XX. Parteitages vorgetragen hat, haben manche Passagen tatsächlich Ekel erregt“¹⁶). Dabei wurden bei der Darstellung emotionalisierter Reaktionen auch geschlechterspezifische herausgestellt: So waren es nach den Berichten insbesondere die Kommunistinnen, bei denen sich eine hohe Empfindlichkeit gegenüber der Kritik an Stalin zeigen sollte. Im Ostrauer Stadtparteiausschuss, so ein Bericht, mussten die Genossinnen während des Vorlesens des Referats den Saal verlassen, „weil es ihr Herz nicht vertragen könne“.¹⁷ Dadurch bekam das Bild der Kommunistin als unerschrockene, an der Seite der Männer stehende Aufbauarbeiterin deutliche Risse.

Es blieb jedoch keineswegs bei bloßen Feststellungen des schwierigen Seelenzustandes, in dem sich die Parteifunktionäre und -funktionärinnen befanden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der parteiinternen Diskussionen traten keineswegs nur als passive Mitleidende auf, sondern bezogen die unerfreulichen weltgeschichtlichen Vorgänge auf ihr eigenes Leben, ihren Glauben und ihre Taten. Was sich hier abspielte, war eine öffentliche, tiefe Verzweiflung, die allerdings mit der ritualisierten stalinistischen „Selbstkritik“ nicht gleichzusetzen ist, die ja im Grunde als eine durch höhere Parteiinstanzen inszenierte Parteiöffentlichkeit und als Raum für Denunziationskampagnen fungierte (zur „Selbstkritik“ in der stalinistischen Sowjetunion vgl. Erren 2002). Keine klaren „Schuldgeständnisse“,

sondern Äußerungen von Enttäuschung, Verunsicherung und Verwirrung dominierten in den selbstbezogenen Diskussionsbeiträgen der Sitzungsteilnehmer. Am schwierigsten hatten es die Propagandisten und Ideologen, die ihre ganzen bisherigen Leistungen angegriffen, wenn nicht vernichtet sahen, wie etwa ein Ostrauer Apparatsmitarbeiter:

„Ich gestehe Euch, dass ich nicht der Einzige war, der gestern nur schwer einschlief, und es war nicht deswegen, weil ich sonst wenig Sorgen hätte, sondern deswegen, weil ich mich an eine ganze Reihe meiner Referate erinnerte, die ich als Propagandist vortrug, als ich über die Fragen des XIX. Parteitages sprach, über Stalin, über die Fragen des Weges zum Sozialismus und der Entwicklung der Welt überhaupt.“¹⁸

Bemerkenswert an dem zitierten Beispiel ist – und daran wird der grundsätzliche Unterschied zu den stalinistischen Selbstkritik-Ritualen deutlich –, dass hier die Verantwortung entpersonalisiert und im Grunde einer höheren Ebene, der Partei, zugeschrieben wird. Denn der Propagandist fuhr fort:

„Ich gehöre der jüngeren Generation an, die sehr stark durch Stalins Werke beeinflusst ist. Ab und zu sind wir auf Probleme gestoßen, die wir mit aller Kraft verteidigt haben. Ich glaube, dass wir schon einmal eine solche Verwirrung erlebt haben, es war während der Slánský-Affäre. Damals sagte Genosse Gottwald, dass man der Partei glauben muss. Unser Vertrauen in die Partei als solche und in das Zentralkomitee war uneingeschränkt.“¹⁹

Neben der ungewöhnlichen Emotionalisierung und Selbstbezogenheit bestand die potentielle Störung der bislang herrschenden Diskursordnung auch in der Artikulation des Orientierungsverlustes und der Verwirrung, die nach der Kenntnissnahme der bestürzenden Tatsachen erfolgte. Herrschte einst ein unerschütterlicher Glaube an die Partei und die Stärke ihrer Führung vor, war nunmehr plötzlich von „Verwirrung im Kopf“ und „totalem Chaos“ die Rede – mit solchen Wendungen begannen die meisten Diskussionsteilnehmer ihre Beiträge in den Plenarsitzungen Anfang April. Als eine beliebte Beschreibung scheint dabei der Ausdruck *Galimathias* – verworrenes Gerede – gedient zu haben, der im Allgemeinen sowohl für die Unbegreiflichkeit der Vorgänge in der großen Politik als auch etwa für die Unklarheiten in der Zusammensetzung des Schweinefutters verwendet wurde.²⁰ Was die Parteimitglieder jedoch „Galimathias“ nannten, hieß in der offiziellen Parteisprache „ideologische Unklarheiten“, die es aus der Sicht des Zentrums zu bekämpfen galt, wenn auch nicht mehr mit Hilfe von Repressionen, sondern durch langwierige Überzeugungsarbeit. Auch die meisten Diskussionsteilnehmer begriffen ihren momentanen Orientierungsverlust schließlich als überwindbar. Ein Ostrauer Bezirksausschussmitglied schilderte seine eigene Verwirrung lediglich als ein vorübergehendes

Moment der Schwäche, die er mit eigenen Kräften zu bewältigen glaubte:

„Nach dem gestrigen Referat kam ich mir wie verprügelt vor. Diesen Persönlichkeitskult habe ich nie gepflegt, aber gestern wurde er in mir endgültig zerschlagen. Das Gedankenchaos, das in meinem Kopf entstand, muss ich irgendwie bewältigen, ich muss eine Lösung finden.“²¹

Trotz der präzedenzlosen Verunsicherung glaubten die meisten Redner, sich auf die „Weisheit der Partei“ verlassen zu können, habe es doch nie ein Problem, wie groß auch immer, gegeben, das die Partei nicht habe lösen können.²² Oder sie bestätigten die Autorität der Parteiführung, wie eine Ostrauer Funktionärin, die erklärte, dass sie sich zwar bezüglich des Personenkults nicht im Klaren sei, doch sie würde sich mit der Erklärung des Genossen Chruschtschow zufrieden geben.²³

B) Bindung an Stalin

Angesichts der ideologisch-emotionalen Ordnung des Stalinismus ist es kein Wunder, dass sich die emotionalen Ausbrüche insbesondere an Stalins Person richteten. Obgleich sich der tschechoslowakische Stalinismus emotional stärker auf kollektive Großzusammenhänge bezog wie zum Beispiel die Beziehung der Tschechen und Slowaken zur Sowjetunion und vor allem zur Roten Armee (Stichwort „Dankbarkeit“), spielte doch die Person Stalins im kommunistischen Emotionshaushalt eine bedeutende Rolle – das bewies nicht zuletzt das berühmte Stalindenkmal in Prag, wo Stalin an die Spitze einer tatkräftigen Menschenmenge platziert wurde.²⁴ In der Tat kamen auch in den Parteidiskussionen ganz unverhohlen „authentische“ Manifestationen fester stalinistischer Überzeugungen und emotionaler Bindungen an Stalin zu Tage, insbesondere in Bezug auf dessen Verdienste im Zweiten Weltkrieg: Stalin wird hier vor allem als „Befreier“ gegen ungerechte Kritik in Schutz genommen. Dies ist nichts anderes als eine genuin „stalinistische“, ablehnende Reaktion auf die Umdeutung der jüngsten Vergangenheit. Diejenigen, die mit der neuen Bewertung Stalins nicht einverstanden waren, machten sogar vor Angriffen gegen die Autorität der Parteiführung nicht Halt. Ein Ostrauer Parteifunktionär stand dem erbitterten Vorwurf seitens eines alten Parteigenossen ratlos gegenüber:

„Letzte Woche hat mich Genosse Dušek, ein alter Parteigenosse aus der Ersten Republik, aufgehalten, und gesagt: ‚Ihr habt’s mit Stalin schön eingerichtet, aber mir wird ihn niemand aus dem Herzen herausreißen. Ich habe gehört, dass Stalins Porträt am 1. Mai nicht mehr getragen wird, aber ich werde vor dem Sekretariat stehen und rufen, wo habt ihr Stalin gelassen.‘ Ich habe ihm gesagt, er solle aufpassen, damit er nicht auf die antiparteiliche Linie gelange. Aber so schroff können wir nicht vorgehen.“²⁵

Die zentral getroffene Entscheidung, am Ersten Mai keine Stalin-Bilder mehr zu tragen, stieß auf vielerlei Kritik an der Parteibasis. Dieser Widerstand speiste sich vor allem aus dem schon erwähnten Glauben an Stalins Verdienste um den Sieg im Zweiten Weltkrieg, also aus dem Bild von Stalin als Befreier. Nichtsdestoweniger forderten auch manche derer, welche ansonsten die Kritik an Systemmängeln akzeptierten, dass Stalin als ein wichtiges Symbol vor Kritik geschont werden sollte. Jedenfalls kam in der Bewertung Stalins eine tiefe Verunsicherung zum Vorschein:

„In der Diskussion zu Hause hat mir meine Frau gesagt, sie sollten Stalin in Ruhe lassen. Unter Stalin wurde der Krieg gewonnen und wir sollen ihn jetzt vergessen? Ich habe Verschiedenes erlebt, aber ich sage Euch, gestern ging es mir nicht gut, die Nacht habe ich durchwacht und mich immer wieder daran erinnert, dass das die Wirklichkeit ist.“²⁶

Die meisten Kommunisten – insbesondere im Ostrauer Bezirk – waren einfach nicht bereit, die heilige Kuh zu schlachten, so tief war Stalin in „den Herzen verwurzelt“. Diese Überzeugungen wurden auch von denjenigen, welche die Notwendigkeit der Abkehr vom Personenkult einsahen, nicht angegriffen; man wollte „rück-sichtvoll“ mit dem Glauben der einfachen Parteimitglieder umgehen und rechnete mit einem langwierigen Umbau des Glaubenssystems durch Diskussionen sowie Überzeugungsarbeit, denn „nur ein Zyniker kann sofort von der Schuld Stalins überzeugt werden“.²⁷ Diese emotionale Einfärbung der Entstalinisierung entspringt der starken Bedeutung der Emotionen in den Integrations- und Legitimationsmechanismen des Stalinismus. Oft wurde das Verhältnis zu Stalin in Familienmetaphern gekleidet, die Stalin als Vater und Beschützer darstellten (Apor 2004; Behrends 2004). Die angeführten Reaktionen der tschechischen Kommunisten verdeutlichen die tiefe Verinnerlichung der emotionalen Bindungen an den Stalinkult und die damit bedingten Schwierigkeiten einer „Entstalinisierung“, hier wortwörtlich gemeint als Abschiednehmen von Stalin wie von einem aus dem Leben geschiedenen Familienmitglied. Die emotionalisierten Auftritte der Parteifunktionäre mögen eher Stalin-freundlich (Misstrauen gegenüber der Anklage) oder Stalin-kritisch (Bestürzung über die Verbrechen) beziehungsweise zugunsten der ZK-Beschlüsse oder eher ablehnend gewesen sein – es ist jedenfalls sicher, dass es sich hierin um eine Entfesselung von Gefühlen handelte, die von den bisherigen Diskussionsnormen tief greifend abwich. Dies war kaum im Interesse der Parteiführung, als sie die parteiinterne Diskussion zögernd eröffnete: Der gelenkte, inszenierte Pathos des früheren Stalinkults wurde durch einen unkontrollierbaren Strom der Emotionen verdrängt.

C) Kritik an der Parteiführung

Zu schwerwiegenden „Grenzüberschreitungen“ kam es oft dann, wenn über die Entstehungsbedingungen des Personenkults räsoniert wurde, da sich dann die Frage nach Schuld und Verantwortung auf die gesamte

Parteiführung bezog. Die eigensinnigen Deutungen des Stalinismus – es bestand noch keine präzise „Richtlinie“ in dieser Hinsicht – legten das alte ideologische Rätsel um das Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv in der Geschichte und damit auch die Frage der breiteren Verantwortung für den Personenkult auf den Tisch. In den Diskussionen im April 1956 überwogen in allen drei Bezirken – am meisten aber in Nordmähren – mit Klarheit jene Stimmen, die im Grunde als „stalinistisch“ bezeichnet werden könnten; d.h. sie waren inhaltlich-ideologisch konservativ, aber angesichts der veränderten Situation *de facto* „oppositionell“. Die harte Kritik an Stalin durch Chruscev und den XX. Parteitag wurde von vielen Rednern schlechthin nicht akzeptiert. Es tauchten gar Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Berichtes des ZK der KPdSU auf. Zwei argumentative Grundfiguren gewannen dabei in diesen kritischen Äußerungen die Oberhand: Erstens wurde der Wahrheitsgehalt des Personenkults und der Verbrechen Stalins an sich angezweifelt und die ganze Anklage als eine *ex post* fabrizierte Denunziation beziehungsweise als Ergebnis von Machtkämpfen in der KPdSU-Führung und persönlicher Ziele Chruscevs desavouiert. Hierbei handelte es sich um eine vorher unvorstellbare Kritik – wenn auch aus konservativen Reihen – an der allerheiligsten Instanz, nämlich dem ZK der KPdSU und seinem Generalsekretär. Im Stadtparteiausschuss Ostrau hieß es dazu:

„Einige Genossen haben die Frage des Persönlichkeitskults sofort akzeptiert. Ich muss aber nicht gleich alles hinunterschlucken, was gesagt wird. Wo wurden die Materialien gefunden, anhand derer heutzutage geurteilt wird, bei Stalin oder Berija?“²⁸

Eine zweite Position bezweifelte zwar den Tatsachenbestand der Stalinschen Verbrechen nicht, lehnte jedoch eine einseitige Reduzierung des Personenkults auf Stalin ab und reihte das ganze Zentralkomitee unter dem Stichwort „Mangel an Selbstkritik“ unter die Verantwortlichen ein. Dadurch wurde Stalin gewissermaßen exkulpiert und die Ursachen des Personenkults wurden vielmehr auf seine servile, heuchlerische Umgebung zurückgeführt, die von „Lobhudlern“ (*pochlebníci*) beherrscht worden sei:

„Ich glaube, dass der Persönlichkeitskult nicht entstehen konnte ohne persönliche Verdienste des betreffenden Genossen und ohne Lobhudler, die ihn umgaben. Es gab eine ganze Reihe von Lobhudlern, die Stalin irreführten. Der Persönlichkeitskult ist nicht nur da oben, er ist tief in unserem Leben verwurzelt.“²⁹

Diese Vorstellung deckte sich teilweise mit der offiziellen Interpretation des Personenkults, die eine „Personalisierung des Personenkults“ zu vermeiden suchte und stattdessen das „System“ anprangerte. Diese Strategie der Parteiführung ist jedoch nicht vollständig gelungen, da die Parteimitarbeiter die Frage des Personenkults überwiegend in persönlichen Kategorien lasen: Der Stalinkult habe nur dadurch entstehen können, weil ihn Bulganin, Mikojan und andere „Lobhud-

ler“ geschaffen hatten. Die Selbstkritik des ZK wurde als „unkonkret“ angemahnt – man wollte Namen hören. Um die Widersprüchlichkeit der offiziellen Parteibeschlüsse zu zeigen, wurden in den Sitzungen sogar die Reden von Mikojan auf dem XIX. und dem XX. Parteitag verglichen³⁰ oder ein ganzes Referat von Kirov über Stalin vorgelesen, das die „Lobhudlerei“ vergegenwärtigen sollte.³¹

Solche Personalisierungsstrategien, egal ob sie in ihrer politischen Ausrichtung eher „stalinistisch“ oder eher „reformistisch“ waren, beschränkten sich keineswegs nur auf die KPdSU und die sowjetischen Führer, sondern wurden auch zur Kritik an der KPTsch-Führung reichlich benutzt. Dem Vorwurf des Personenkults wurde sogar der bisher als „bescheiden“ geltende Klement Gottwald ausgesetzt, den die Parteiführung – trotz einiger Zugeständnisse in Novotnýs ZK-Referat Ende März (Blaive 2001: 62) – um jeden Preis retten wollte. Dennoch wurde dieser differenzierende Standpunkt in den Regionen nicht immer geteilt. In Ostrau wurden die „Oden an den Genossen Gottwald“ des Kulturministers Kopecký, der sogar als „zweiter Goebbels“ bezeichnet wurde³², kritisiert, gemeinsam mit „Oden an Prag“, womit die Kritik am Personenkult mit der Kritik am „Pragozentrismus“ verbunden wurde.³³ Blieb jedoch die Kritik an Gottwalds Personenkult eher vereinzelt, so geriet die Entlassung des Verteidigungsministers und Schwiegersonns Gottwalds Alexej Čepička aufgrund der „Pfleger des Personenkults“ Ende April 1956 (vgl. Blaive 2001: 121–125) zu einem wirklichen parteiinternen „Skandal“ (zum „Skandal“ in der sozialistischen Diktatur vgl. Sabrow 2004). Kaum ein Diskussionsbeitrag in den regionalen Plenarsitzungen Ende April 1956 ließ sich die Gelegenheit entgehen, Čepičkas Personenkult ebenso wie die damit verbundenen „fundamentalen Missstände“ in der tschechoslowakischen Volksarmee – einem „Staat im Staate“ – anzusprechen. Es ist hier nicht nur von Belang, dass scharfe Kritik an einem – wenn auch entlassenen – Politbüromitglied geübt wurde: Noch wichtiger scheint, dass dem ZK massenhaft vorgeworfen wurde, die tatsächlichen Gründe für Čepičkas Entlassung verschleierte und die Propagandisten in den Regionen „ideologisch unausgerüstet“ den kritischen Fragen der Basismitglieder ausgesetzt zu haben. Gerade die Deutung, vom ZK auf dem ideologischen Schlachtfeld verlassen worden zu sein, ließ viel kritisches Potenzial in den Parteiausschüssen entstehen.

Noch virulenter wurden die Diskussionen über den Personenkult dort, wo sie auf die Angelegenheiten des eigenen Bezirks, Kreises oder der Stadt übertragen wurden, egal ob sie die Probleme des Parteilebens, der Justiz, der Wirtschaft oder der Lebensmittelversorgung betrafen. In der Tat bildeten die regionalspezifischen Aspekte der Stalinismuskritik („Personenkult in unseren Verhältnissen vor Ort“) einen bedeutenden Bestandteil der parteiinternen Diskussionen in den untersuchten Parteiorganisationen, nachdem die Grundbegriffe der Stalinismuskritik wie „unbescheidenes Verhalten“ beziehungsweise „Überheblichkeit gegenüber der Partei“, „Abgetrenntheit des Parteiapparats vom Leben“, „Unterdrückung der Kritik“ beziehungsweise „Mangel an Selbstkritik“, „Bürokratismus“ usw. auch in den regionalen und lokalen Verhältnissen heimisch

wurden. Einige Erste Sekretäre, Vorsitzende der Nationalausschüsse, Betriebsdirektoren sowie leitende Funktionäre der Gewerkschaften und Massenorganisationen gerieten, aus welchen Gründen auch immer, in den Verdacht des Personenkults: Der Liberecer Erste Sekretär Plechatý wegen seiner Jagdpassion, der Vorsitzende des Ostrauer Nationalausschusses Kotas deswegen, weil das städtische Stadion nach ihm benannt wurde, oder der Erste Sekretär des nordböhmischen Kreises Chomutov (Komotau) Škaloud wegen Überheblichkeit gegenüber den Parteigenossen (zum Bild der Ersten Sekretäre am Beispiel der SED siehe Rowell 2002 und Mestrup 2003). Der letztgenannte gestand zwar Fehler ein („ich war grob zu den Menschen“), führte allerdings seinen eigenen Personenkult auf seine frühere Berufstätigkeit als Feuerwehrhauptmann zurück.³⁴ Andererseits wurde aber auch das „Suchen nach dem Personenkult um jeden Preis“ kritisch wahrgenommen; es wurden Übertreibungen angeprangert, etwa wenn jede Anrede „Genosse Vorsitzender“ oder jedes Beifallklatschen gleich als Ausdruck des Personenkults disqualifiziert wurden.³⁵ Innerparteilich konzentrierte sich die Kritik hauptsächlich auf die „Abtrennung der Funktionäre und des Apparats“ von der Mitgliederbasis („sie kommen nicht unter die Leute“), auf die Konkurrenzkämpfe zwischen Apparat und gewählten Organen sowie auf die „Überheblichkeit der Büromitglieder“ gegenüber den restlichen Mitgliedern der Ausschüsse, die aus der Sicht der Kritiker zur bloßen „Abstimmungsmaschinerie“ degradiert worden waren.

Aus der Vielfalt der in den Regionen getadelten Missstände sticht die Kritik an der Arbeit der Justiz- und Sicherheitsorgane deutlich hervor. Eine vom ZK eingeleitete behutsame Kritik an der Arbeit der Sicherheits- und Justizorgane drohte in den örtlichen Kontexten in persönliche Angriffe und Abrechnungen zu entgleiten. Die in den Sitzungen auftretenden lokalen Sicherheitschefs, Richter und Staatsanwälte gerieten in zum Teil sehr harte Kritik von „zivilen“ Parteimitgliedern („Schweinethoden der Sicherheit“³⁶ usw.). Die Kritik an den Sicherheitsorganen und der Justiz speiste sich nicht zuletzt aus der traditionellen Vorstellung von einer klaren Abgrenzung zwischen der „sauberen“ Partei und den verdorbenen, korrupten und zum Teil noch durch „Überreste des Kapitalismus“ belasteten Staatsorganen. Von dort kam auch die Überzeugung, ein echter Kommunist – die „sozialistische Moral“ und „sozialistische Gesetzlichkeit“ stets im Kopf – könne nie physische Gewalt ausüben:

„Manche Genossen sagen, es sei nicht möglich, dass sich ein Kommunist zur Anwendung physischer Gewalt hergeben kann. Das sei unvereinbar mit dem Denken des Kommunisten, weil wir auch den Klassenfeind anständig und gesetzmäßig behandeln sollen. Es gibt Leute, welche die sozialistische Gesetzlichkeit sogar ihrer Ehefrau verweigern. Wenn die Frau ihn kritisiert, dass er dauernd in der Kneipe sitzt, dann verprügelt er sie dafür, und da ist es dann kein Wunder, dass manche Sicherheitsorgane den Klassenfeind so behandeln.“³⁷

D) „Unmoralische“ Parteifunktionäre

Der letzte hier behandelte Aspekt der innerparteilichen Kritik betrifft das „bürgerliche“ und „unmoralische Leben“ der Parteifunktionäre. Jenseits der floskelhaften Hinweise auf die „Fehler der Kaderpolitik“ richtete sich der kritische Diskurs sowohl gegen die lokalen Funktionäre als auch gegen die Prager Parteiführung. Aus der Parteispitze richtete sich die Kritik vor allem gegen den bereits erwähnten Verteidigungsminister Čepička, bei dem „moralische Missstände“ festgestellt wurden, die zum allgemeinen Kritikmuster des „Personenkults“ werden sollten. So wurde Čepička für seine Unbescheidenheit und das Protegieren von Familienmitgliedern („Čepičkas Ehefrau ist angeblich zur Geburt ihres Kindes in die Schweiz gegangen“³⁸) sowie auch – ein besonders schwerwiegender Vorwurf – für seine „bürgerliche Lebensweise“ verurteilt. Der Vorwurf der „bürgerlichen Lebensweise“ sollte sich dann von den höheren Parteietagen in die Bezirke und Kreise verbreiten.³⁹ Ein junger Referent wurde der Überheblichkeit bezichtigt schon deswegen, weil er zur Parteiversammlung mit dem Auto kam.⁴⁰ Bei solcher Kritik scheint sich vor allem bei aus der Arbeiterschaft stammenden Parteifunktionären ein traditionelles Wahrnehmungsmuster wieder belebt zu haben, das zwischen „wir unten“ und „die da oben“ scharf unterschied.⁴¹ So konnte beispielsweise die aus der traditionellen Arbeiterbewegung stammende, abwertende Bezeichnung „Arbeiteraristokratie“ auch für die Kritik der Gegenwartsverhältnisse verwendet werden. Aus dieser Sicht – ob in der Ersten Republik oder im Sozialismus – entfremdeten sich die Funktionäre der Arbeitermasse und übernahmen zunehmend die Lebensweise des Bürgertums:

„Wir bilden uns eine Arbeiteraristokratie aus, nicht nur aus Bergarbeitern, sondern auch aus der Intelligenz. Und diesen reicht nicht mal ein Auto, sondern sie halten sich neben der Ehefrau noch zwei, drei Geliebte. Sie wissen nicht, was sie mit ihrem Geld machen sollen. Unsere Kaderpolitik ermöglicht ihnen eine bürgerliche Lebensweise und dadurch sind sie im Stande, die sozialistische Moral zu zerrütten.“⁴²

Als „Überreste des kapitalistischen Regimes“ wurden auch die notorischen Trinkgelage leitender Funktionäre, ihre Vorliebe für Jagd und leichte Mädchen sowie ihre hohe Promiskuität in den Diskussionen angeprangert – das letztgenannte öfter von weiblichen Ausschussmitgliedern. Von der Stärke gerade der kritischen Wahrnehmung der Neigung zum Alkohol der Parteifunktionäre zeugte auch die Tatsache, dass der Vorwurf des Alkoholkonsums nicht einmal den Mitgliedern der allerhöchsten Parteiführung erspart blieb. Indem man die angeblichen Trinkgelage im Politbüro als „Sensation“ zu bestreiten suchte, hat man sie erst zum „Skandal“ avancieren lassen – etwa als ein Ostrauer Bezirksausschussmitglied feststellte, dass „Genosse Zapotocký nicht trinkt, und auch wenn er wollte, kann er nicht, weil er ein ärztliches Alkoholverbot hat“.⁴³

Resümee

Die gelegentlich sehr stürmischen Debatten über den XX. KPdSU-Parteitag in den KPTsch-Organen wurden im Mai durch das Politbüro offiziell für beendet erklärt. Zu dieser Zeit zeichnete sich im Umgang mit dem XX. Parteitag eine entscheidende Wende ab. Binnen drei Monaten hatte sich die Rhetorik über den Personenkult in den Bezirks- und Kreisausschüssen grundsätzlich verändert: War die Diskussion im April 1956 maßgeblich durch die Vorstellung geprägt, dass „wir alle mit dem Personenkult vollkommen durchtränkt sind“, sprach man im Juli des gleichen Jahres euphemistisch über die „Kritik des Personenkults im Zusammenhang mit einigen Fehlern des Genossen Stalin“.⁴⁴ Mit Hilfe der auf der Gesamtstaatlichen Konferenz im Juni 1956 eingeführten Kombination von materieller Repression und autoritärer Diskurssteuerung gelang es der Parteiführung, die entfesselten Diskurs wieder einzufangen und die zentrifugalen Tendenzen in den Regionen zu neutralisieren und auszugrenzen. Dies scheint der wichtigste Wendepunkt zu sein, der die Entwicklung in der KPTsch auf einen von der polnischen und der ungarischen Partei unterschiedlichen Weg brachte. Einen mächtigen Impuls zur weiteren Homogenisierung bot dann der ungarische Aufstand, der zur Verstärkung des Diskurses über die „geschlossene und vereinigte Partei“ (*pevná a jednotná strana*) erfolgreich ausgenutzt wurde. In den Diskussionen der Plenarsitzungen während der zwei folgenden Jahre dominierten eindeutig ökonomische Fragen sowie Beratungen über die „Verbesserung der ideologischen Arbeit“ im Zeichen der doppelten Abgrenzung von „Revisionismus“ und „Dogmatismus“ (vgl. Kopeček 2003). Von einer vollständigen Gleichschaltung der Plenarsitzungen kann aber auch zu dieser Zeit kaum die Rede sein, da zumindest die kritischen Diskussionen über die Defizite der lokalen Parteipolitik und der Wirtschaft sowie über die mangelhafte Ideologearbeit weiterliefen. Im Ostrauer Bezirk gab es eine weitere Diskussionswelle im Herbst 1956 im Zusammenhang mit den Ereignissen des „polnischen Oktobers“, die einen starken Einfluss auf die im Ostrauer Bezirk lebende polnische Minderheit ausübten und deshalb der regionalen KPTsch-Führung schwere Sorgen bereiteten. Tatsächlich waren die Plenarsitzungen Ende 1956 weitgehend durch lebhafte Diskussionen über die „Nationalitätenfrage“ (*národnostní otázka*) beziehungsweise über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Nationalität geprägt (vgl. Siwek 2001).

Abschließend lässt sich die – durch künftige Forschungen zu überprüfende – Hypothese formulieren, dass trotz der Festigung der Positionen der konservativen Kräfte innerhalb der KPTsch im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1956 das halböffentliche Parteileben der regionalen und lokalen KPTsch-Organen eine grundsätzliche Veränderung durchmachte. Trotz der Eliminierung der radikalkritischen Stimmen sowie des Parteiausschlusses einiger Kritiker bedeutete die zeitweise Öffnung des „Diskursgefängnisses“, die hier geschildert wurde, eine wichtige Voraussetzung des späteren „zweiten“, diesmal aber konsequenten Tauwetters in der KPTsch in den sechziger Jahren. Die

Folgen des Jahres 1956 für die Weiterentwicklung der sozialistischen Diktatur in der Tschechoslowakei lassen sich nicht auf die Bestätigung der alten Clique an der Macht mit einigen partiellen Zugeständnissen im Bereich der Wirtschaft und Sicherheit reduzieren. Ebenso ist zu den Ergebnissen des Jahres 1956 die Modifizierung der Diskussionskultur in den Parteiorganisationen zu zählen: Sie bedeutete eine Öffnung und, indem mehr Parteimitglieder denn je in die Diskussion einbezogen wurden, auch eine beschränkte Demokratisierung. Das Jahr 1956 brachte einen unumkehrbaren Zusammenbruch der vorher auf den Parteiversammlungen herrschenden sprachlichen Rigidität, den Beginn einer schrittweisen Auflösung des starren „*speaking Bolshevik*“ (Stephen Kotkin) innerhalb der KPTsch. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, dass die im Frühling 1956 entstandene, kurzlebige Parteiöffentlichkeit paradoxerweise zum großen Teil durch harte Stalinisten geschaffen wurde. Anstatt sich mit voreiligen Schlussfolgerungen über eine vermeintliche „Gleichschaltung“ der Partei zufrieden zu geben, scheint es sinnvoller, vor dem Hintergrund nachweislich vorhandener parteiinterner Auseinandersetzungen die unübersichtlichen Interaktionsprozesse zwischen Dynamisierung und Stabilisierung der KPTsch in der Zeit nach 1956 näher zu durchleuchten.

Literatur

- Apor, Balázs; Jan C. Behrends; Polly Jones; E. A. Rees (Hg.) 2004: The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc. Houndmills, Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.
- Bakala, Jaroslav; Karel Jiřík (Hg.) 1993: Dějiny Ostravy. Ostrava: nakladatelství Sfinga.
- Behrends, Jan C. 2004: Exporting the Leader: The Stalin Cult in Poland and East Germany (1944/5–1956). In: Balázs Apor u.a. (Hg.): The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc. Houndmills, Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan, 161–178.
- Blaive, Muriel 2001: Promarněná příležitost: Československo a rok 1956. Praha: Prostor.
- Brenner, Christiane; Peter Heumos (Hg.) 2005: Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948–1968. München: R. Oldenbourg Verlag.
- Erren, Lorenz 2003: Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit. Der stalinistische Untertan und die „Selbstkritik“ in den dreißigen Jahren. In: Gábor T. Rittersporn, Malte Rolf, Jan C. Behrends (Hg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten. Frankfurt am Main, New York: P. Lang, 131–163.
- Escudé, Florian 2003: Le fonctionnaire et la machine bureaucratique. Contrôle biographique et construction des carrières dans l'appareil régional du SHG. In: Genèse, 53: 93–112.
- Hahn, Hans Henning; Heinrich Olschowsky (Hg.) 1996: Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa. Berlin: Akademie Verlag.
- Hahnová, Eva 2003: Anatomie československé strnulosti v roce 1956. In: Soudobé dějiny, 10(1–2): 122–125.
- Heumos, Peter 2004: Stalinismus in der Tschechoslowakei. Forschungslage und sozialgeschichtliche Anmerkungen am Beispiel der Industriearbeiterschaft. In: Journal of Modern European History, 2(1): 82–109.
- Heumos, Peter 2005: Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968. In: Hübner u.a. 2005, 473–497.
- Hübner, Peter; Christoph Kleßmann; Klaus Tenfelde (Hg.) 2005: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Jessen, Ralph, 1995: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft, 21: 96–110.
- Jirásek, Zdeněk 1993: Rok 1956 a Ostravsko. In: Časopis slezského zemského musea. Série B. Vědy historické, 42(2): 169–177.
- Jirásek, Zdeněk 1997: K průběhu roku 1956 v ostravském kraji. In: Časopis slezského zemského musea. Série B. Vědy historické, 46(1): 85–93.
- Kaplan, Karel 1992a: Československo v letech 1953–1966, Bd. 3. Společenská krize a kořeny reformy. Praha: Státní pedagogické nakladatelství.
- Kaplan, Karel 1992b: Kádrová nomenklatura KSČ 1948–1956. Praha: Ústav pro soudobé dějiny AV ČR.
- Kaplan, Karel 1993: Sociální souvislosti krizí komunistického režimu v letech 1953–1957 a 1968–1975. Praha: Ústav pro soudobé dějiny AV ČR.
- Kaplan, Karel 1996: Die Ereignisse des Jahres 1956 in der Tschechoslowakei. In: Hahn 1996, 30–45.
- Kopeček, Michal 2003: Obraz vnitřního nepřítel – revizionismus na stránkách Otáček míru a socialismu v letech 1958–1969. In: Zdeněk Kárník, Michal Kopeček (Hg.): Bolševismus, komunismus a radikální socialismus v Československu, Bd. 1. Praha: Dokořán, 225–252.
- Lemberg, Hans 1993 (Hg.): Zwischen „Taufwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970. Marburg/Lahn: J. G. Herder-Institut.
- Lindenberger, Thomas 1999: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Thomas Lindenberger (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 13–44.
- Mathews, John P. C. 1998: Majales: The Abortive Student Revolt in Czechoslovakia in 1956. Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars.
- Libionka, Dariusz 2001: Funkcjonowanie na codzień stalinowskiego aparatu partyjnego na Lubelszczyźnie. In: Polska 1944/45–1989. Studia i materiały. Bd. 5. Życie codzienne w Polsce 1945–1955.
- Maňák, Jiří 2003: Proměna dělnické strany v organizaci moci. Problematika dělnického charakteru KSČ v letech 1948–1953 ve světle stranické statistiky. In: Zdeněk Kárník, Michal Kopeček (Hg.): Bolševismus, komunismus a radikální socialismus v Československu, Bd. 1. Praha: Dokořán, 157–199.
- Meuschel, Sigrid 1993: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft, 19: 5–14.
- Mestrup, Heinz 2000: Die SHG. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt 1971–1989. Rudolfstadt, Jena: Hain-Verlag.
- Mestrup, Heinz 2003: Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SHG. Ein Beitrag zu Handlungsspielräumen von Funktionären in der DDR. In: Deutschland Archiv, 36: 950–964.
- Pfaff, Ivan 1993: Die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU auf die Tschechoslowakei. In: Lemberg 1993, 22–24.
- Rowell, Jay 2002: Le pouvoir périphérique et le „centralisme démocratique“ en RDA. In: Revue d'histoire moderne et contemporaine, 49: 102–124.
- Sabrow, Martin (Hg.) 2004: Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Siwek, Tadeusz 2001: Polská národnostní menšina v Československu 1945–1954. Praha: Ústav pro soudobé dějiny AV ČR.
- Von Arburg, Adrian 2003: Tak či onak: nucené přesídlení v komplexním pojetí poválečné sídelní politiky v českých zemích. In: Soudobé dějiny, 10(3): 253–292.
- Endnoten
- ¹ Der vorliegende Text ist eine vorbereitende Studie im Rahmen meines Forschungsprojektes „Sozialistische Meistererzählungen im lokalen Raum“, das ich am Zentrum für Zeithistorische Studien (ZZF) in Potsdam durchführe. Für kritische Hinweise danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der Projektgruppe „Kultur des Politischen“ am ZZF sowie Sarah Lemmen und Michal Pullmann.
- ² Kaplan führt dennoch auch andere Faktoren an: „Die Verbesserung der sozialen Lage, erste Korrekturen der Politik und der Einfluss politischer Kampagnen (Preissenkungen, Parlaments- und Nationalausschusswahlen, Kampagnen gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik, das Turnfest ‚Spartakiada‘) verbreiteten in der Bevölkerung die Hoffnung auf die (versprochene) Weiterentwicklung in der eingeschlagenen Richtung und milderten die Welle der Unzufriedenheit und Kritik, die nach der Währungsreform aufbrauste“ (Kaplan 1993:

23). Allerdings stellt Kaplan die Auswirkung dieser „Faktoren“ fest, ohne sie *in concreto* aufzuzeigen. Feststellungen wie „Unter der Intelligenz, den Privatbauern und Gewerbeleuten verstärkte sich vorübergehend die soziale Unsicherheit“ werden kaum mit konkreten Beispielen unterfüttert.

³ Mathews (1998) verbleibt in seiner Darstellung des Studentenfestes „Majales“ im Frühling 1956 auf deskriptiver Ebene. Erst vor kurzem erschienen zwei Sammelbände, in denen alltagsgeschichtliche Perspektiven stärker zum Ausdruck kommen (Brenner 2005; Hübner 2005).

⁴ Diese Meinung vertritt auch Karel Kaplan: „Während dieser kurzen Zeit [1948–1953, P. K.] hatten sich die Bedingungen in allen Lebensbereichen von Grund auf verändert. Auf politischer Ebene beherrschte der kommunistische Machtapparat die gesamte Gesellschaft; er hatte alle Quellen möglichen Widerstands liquidiert und die bürgerliche Gesellschaft ausgeschaltet; die kommunistische Partei war zum tragenden Gerüst der totalitären Herrschaft geworden“ (Kaplan 1996: 31). Peter Heumos hat indessen eine enorme soziale Dynamik in den frühen fünfziger Jahren am Beispiel der tschechischen Arbeiterschaft feststellen können (Heumos 2004). Zu der Diskussion über die „entdifferenzierte“ bzw. „stillgelegte Gesellschaft“ in der Sozialgeschichte der DDR siehe Meuschel (1993) und die Kritik dazu von Jessen (1994) und Lindenberg (1999).

⁵ Siehe auch die Rezension von Eva Hahn (Hahnová 2003).

⁶ Blaive zieht hauptsächlich die Berichte des Zentralkomitees der KPTsch, des Außenministeriums und der ausländischen Botschaften heran.

⁷ Für die Erforschung dieser Übergangssphären aus alltagsgeschichtlicher Sicht plädiert Lindenberg (1999). Zur KPTsch-Kadernomenklatur siehe den Überblick von Kaplan (Kaplan 1992b). Auch in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks befindet sich die sozial- und alltagsgeschichtliche Erforschung der kommunistischen Parteien erst in den Ansätzen. Für die SED siehe Mestrup (2000), Rowell (2002), Escudí (2003), für die polnische PZPR Libionka (2001).

⁸ Die Bezeichnungen Bezirks- und Kreisrausschuss (*krajský výbor, okresní výbor*) entsprechen den Bezirks- bzw. Kreisleitungen in der SED.

⁹ Die Durchsicht der Bezirksparteizeitungen *Průboj* (Ústí nad Labem), *Cesta míru* (Liberec) und *Nová Svoboda* (Ostrava) vom Frühling 1956 zeigt, dass es – trotz der allgemeinen kritischen Öffnung – nach wie vor weitgehende Unterschiede zwischen dem parteiinternen und dem öffentlichen Diskurs gab. Ansätze zur Kritik fanden sich lediglich in der Rubrik „*Ze života strany*“ (Aus dem Parteileben).

¹⁰ Zemský archiv v Opavě (Landesarchiv Opava/Troppau), Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 29.4.1956, Bl. 28, Referat Kolář.

¹¹ Státní oblastní archiv Litoměřice (Staatliches Gebietsarchiv Litoměřice/Leitmeritz), Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.4.1956, Bl. 33, Diskussionsbeitrag Houžvička, und Bl. 53, Diskussionsbeitrag Květoňová.

¹² Ebd., Bl. 54, Diskussionsbeitrag Květoňová.

¹³ Státní okresní archiv Liberec (Staatliches Kreisarchiv Liberec/Reichenberg), Bestand KPTsch-Kreisrausschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 14.5.1956, Diskussionsbeiträge Táborský und Jung.

¹⁴ Státní oblastní archiv Litoměřice, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Liberec, Karton 54, Sitzung des Ausschussbüros vom 24.5.1956.

¹⁵ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 29.4.1956, Bl. 28, Referat Kolář.

¹⁶ Ebd., Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 15, Diskussionsbeitrag Měkyna.

¹⁷ Archiv města Ostravy (Stadtarchiv Ostrava/Ostrau), Bestand KPTsch-Stadtrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.5.1956, Referat in der Plenarsitzung.

¹⁸ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 7, Diskussionsbeitrag Filipi.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Státní okresní archiv Liberec, Bestand KPTsch-Kreisrausschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 7.4.1956, Diskussionsbeitrag Pícek.

²¹ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 4, Diskussionsbeitrag Lampa.

²² Archiv města Ostravy, Bestand KPTsch-Stadtrausschuss Ostrava,

Plenarsitzung vom 5.4.1956, Diskussionsbeitrag Kučaj.

²³ Ebd., Diskussionsbeitrag Němcová.

²⁴ In der subversiven Alltagssprache der Prager als die berühmte *fronta na maso* (Warteschlange vor der Fleischtheke) getauft, was auf die Probleme bei der Lebensmittelversorgung in den fünfziger Jahren anspielte.

²⁵ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom PKV Ostrava 3.–4.4.1956, Bl. 43, Diskussionsbeitrag Poláček.

²⁶ Ebd., Bl. 50, Diskussionsbeitrag Ploskonka.

²⁷ Ebd., Bl. 42, Diskussionsbeitrag Poláček.

²⁸ Archiv města Ostravy, Bestand KPTsch-Stadtrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.4.1956, Diskussionsbeitrag Penkala.

²⁹ Ebd., Diskussionsbeitrag Manišovský.

³⁰ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 8, Diskussionsbeitrag Filipi.

³¹ Archiv města Ostravy, Bestand KPTsch-Stadtrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.4.1956, Diskussionsbeitrag Mladěnka.

³² Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 34, Diskussionsbeitrag Kudělásek.

³³ Ebd., Bl. 25, Diskussionsbeitrag Pánek.

³⁴ Státní oblastní archiv Litoměřice, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.4.1956, Bl. 40, Diskussionsbeitrag Škaloud.

³⁵ Státní okresní archiv Liberec, Bestand KPTsch-Kreisrausschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 14.5.1956, Diskussionsbeitrag Vaňa.

³⁶ Státní oblastní archiv Litoměřice, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.4.1956, Bl. 47, Diskussionsbeitrag Klepš.

³⁷ Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.–4.4.1956, Bl. 32, Diskussionsbeitrag Bednář.

³⁸ Ebd., Plenarsitzung vom 29.4.1956, Bl. 72, Diskussionsbeitrag Kudělásek.

³⁹ Ebd., Bl. 69, Diskussionsbeitrag Lampa.

⁴⁰ Státní oblastní archiv Litoměřice, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.4.1956, Bl. 53, Diskussionsbeitrag Květoňová.

⁴¹ Ähnlich stellt Peter Heumos eine Wiederaufnahme gewerkschaftlicher Tradition bei den tschechischen Industriearbeitern in den fünfziger Jahren fest (Heumos 2004: 99–102).

⁴² Zemský archiv v Opavě, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 14.–15.12.1956, Bl. 123, Diskussionsbeitrag Lampa.

⁴³ Ebd., Plenarsitzung vom 29.4.1956, Bl. 84, Diskussionsbeitrag Ďuriš.

⁴⁴ Státní oblastní archiv Litoměřice, Bestand KPTsch-Bezirksrausschuss Liberec, Karton 9, Plenarsitzung vom 24.7.1956, Diskussionsbeitrag des ausscheidenden Ersten Sekretärs des Bezirksrausschusses Liberec Plechatý.